

Leben in Würde

Kolumne: „Wenn Oma sich fürchtet“, FR-Meinung vom 16. Juni

Chapeau, Michi Herl, Ihre Kolumne hat uns Wohlstandsbürgern auf den Punkt deutlich gemacht, worauf es bei jedem Einzelnen ankommt, wenn das Konsumverhalten Alltagsrassismus vermeiden soll. Es ist ein Aufruf, bewusster einzukaufen und zu konsumieren. Ein Eingeständnis des Rechtes aller Menschen zu einem Leben in Würde, wo immer sie leben. Dazu passt einfach nicht die von der Werbung beförderte Geisteshaltung vieler Bürger: „Geiz ist geil“. Und auch nicht das von der Wirtschaft immer propagierte permanente Wachstum. Es bleibt zu hoffen, dass sich diese Erkenntnis bald durchsetzt, bevor wir unseren Planeten vollends vor die Wand gefahren haben.

Günter Tatara, Frankfurt

Mildernde Umstände

Raser: „Mordurteil gegen Fahrer bestätigt“, FR-Politik vom 19. Juni

Auch an diesem Wochenende gab es wieder einmal mehrere Unfälle, bei denen Alkohol und Drogen im Spiel waren. Einige Menschen verloren ihr Leben. Auch die Raser-Szene war wieder aktiv, so hat ein Raser einen Motorradfahrer getötet, dessen BMW wurde 50 Meter durch die Luft geschleudert.

Die Täter haben in der Regel keine Strafen im Sinne von Strafen zu befürchten. Während die Geschädigten und deren Familien oftmals ein Leben lang mit den Folgen zu kämpfen haben – alleine die Probleme mit Versicherungen stelle ich mir furchtbar vor –, kommen die Täter dank dem Täterschutz „mildernde Umstände“ in der Regel ohne große Einschränkungen davon, selbst bei Wiederholungstätern. Viele Gespräche mit Bekannten haben ergeben, dass diese Form der Rechtsprechung als empörend empfunden wird. Ich fordere eine Reform des Verkehrsstrafrechts!

Der Täterschutz „mildernde Umstände“ (gerade auch bei Alkohol am Steuer, Drogen allgemein) muss gestrichen und dieses Verhalten zukünftig strafverschärfend gewertet werden. Bei Unfällen mit Rasern sollte es möglich sein, lebenslange Freiheitsstrafen zu verhängen, wie ja auch bereits geschehen. Wiederholungstäter sollten den Führerschein auf Lebenszeit abgeben müssen. Solche Strafen gibt es in anderen Ländern – warum nicht bei uns? Lobbyismus? Die Schweiz, Italien, Skandinavien machen, glaube ich, gute Erfahrungen.

Albert Henkel, Wehrheim

SORRY

Der Schauspieler Sandmeyer hat in unserem Text „Der Teufelskerl, der in ihm steckt“ (22. Juni, S. 24) den Vornamen Florian bekommen. Er heißt Fridolin Sandmeyer.

Tönnies verletzt die arbeitgeberische Fürsorgepflicht

Zu: „Fahrlässige Fleischer“, FR-Politik vom 20. Juni, und „Es gibt keine Verlässlichkeit mehr“, FR-Wirtschaft vom 6. Juni

Keine Achtung vor Mensch und Tier

Die Überschrift „Fahrlässige Fleischer“ führt in die Irre und nimmt den Metzgerei-Betrieb im Nahbereich in Haftung, wo ein Großkonzern der Fleischindustrie tausende Mitarbeiter aus Profitgründen einem tödlichen Virus ausgesetzt hat. Es ist sattsam bekannt, dass der Fleischkonzern Tönnies weder Mensch noch Tier achtet. Die arbeitgeberische Fürsorgepflicht verletzt dieser Großbetrieb fortgesetzt auf grobe Art. Der Konzern beutet seine Arbeitnehmer auf tödliche Weise aus. Menschen- und Tierrechte werden „systemisch“ missachtet. Das Geschäftsmodell aus Leiharbeit und Sub-Unternehmertum dieser Fleisch-Industrie ist mörderisch! Die Sklavenhalter der Antike haben ihre Sklaven und Tiere besser behandelt. Deshalb: Diese ekelhafte Großbude gehört aus Gründen der Generalprävention sofort geschlossen und mit Strafen so belegt, dass nur noch die Insolvenz bleibt!

Die (Lebensmittel-) Kontrolle hat auch hier total versagt. Jetzt helfen nur wirksame Sofortmaßnahmen: Knast für die Verantwortlichen und Schlachtereien unter wirksame öffentliche Kontrolle!

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

Verdrängte Brutalität

Das massenhafte Auftreten von Corona-Infektionen ist nur der Gipfel skandalöser Zustände in der Fleischindustrie. Sie beutet durch das Subunternehmenssystem nicht nur die Arbeitsmigranten schamlos aus, sondern darüber hinaus die vorgelagerten Beteiligten der „Produktionskette“. Das schwächste Glied sind die Mäster, denen oft Preise gezahlt werden, die nicht mal die Vollkosten abdecken. Auf diese Weise war es z.B. dem „Fleischbaron“ Clemens Tönnies möglich, Gewerbesteuer sparend für fünf Millionen Euro ein Stadion zu bauen, das formal dem Betriebssport dient, aber auch dem Frauenfußball-Zweitligisten FSV Gütersloh zur Verfügung gestellt wird.

Bezug nehmend auf die Randbemerkung, die Menschen dächten beim Grillen am Wochenende nicht an die „Leiden der Tiere“, möchte ich darauf



Der Lockerer muss einen Lockdown verkünden: NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hinter Plexiglas im Landtag. DPA

hinweisen, dass auch bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück wie auf allen Großschlachthöfen, die die CO₂-Betäubung anwenden, schreckliche Tierquälereien Standard sind: CO₂ löst extreme Atemnot aus. Die Tiere versuchen instinktiv, dem Erstickungstod zu entrinnen. Sie schreien bei ihren vergeblichen Fluchtversuchen erbärmlich, bis sie rund 25 Sekunden das Bewusstsein verlieren und nach dem Auswurf aus dem „Paternoster“ (ja, so wird die Anlage intern genannt!) im Akkord mittels „Entblutungsstich“ getötet werden ... in Wiedenbrück etwa 20 000 Schweine am Tag. Für Achtung vor dem Leben, das den Tieren genommen wird, ist da kein Platz. Die Brutalität gegenüber dem Tier wird verdrängt und wirkt sich dann aus dem Unterbewusstsein im sozialen Umfeld aus. Eckard Wendt, AGfaN, Stelle

Politik ist dafür zuständig, die Regeln zu setzen

Es ist Heuchelei oder mindestens krasse Verdrängung von Minister Heil, wenn er sich jetzt als Held aufschwingt, der wie David gegen Goliath gegen die Zustände in der Fleischindustrie und gegen

„die Anstrengungen milliarden-schwerer Unternehmen, dieses Vorhaben zu torpedieren“ kämpfen will. Die Worte, die der FR-Karikaturist in der Samstagsausgabe der FR Tönnies in den Mund legt, kann man also auch zahlreichen Politikern in den Mund legen. Die Politik kann sich der Verantwortung für diese altbekannten Zustände nicht entziehen. Es ist schließlich die Politik, die die Regeln setzt. Es geht in diesem Regelwerk zuerst um Wettbewerbsfähigkeit und nicht um menschenfreundliche Arbeitsbedingungen, letztere schlagen nämlich als „Unkosten“ zu Buche. Ob Unternehmer wie Tönnies die Folgen dieser Art des Wirtschaftens gleichgültig lässt, ist zwar menschlich nicht unerheblich, aber unter den von der Politik gesetzten Bedingungen zweitrangig.

Es gibt zwar das spezielle Marktsegment von Teilen des wohlhabenden Mittelstands, das für die Preisgestaltung auch die Kosten menschenfreundlicher Wohn- und Produktionsverhältnisse der Beschäftigten zulässt. Die Mainstream Fleischwirtschaft erzielt ihren Profit mit der Billigware aber auf einem Markt,

den die meisten Menschen bevölkern, welche mehr oder weniger von der Hand in den Mund leben. Auch dafür ist die Politik zuständig, auch die der SPD.

Joachim Reinhardt, Hüttenberg

Bei Verstößen muss sanktioniert werden

Herr Nüssel fordert zu Recht mehr Verantwortung von Konzernen, eine bessere Qualität, bessere Produktionsbedingungen und mehr Transparenz. Aber mit vollmundigen Forderungen ist es nicht getan. Die Großindustrie hat sich allzu oft an gesetzte Regeln nicht gehalten oder gar dreist betrogen. Der Skandal in deutschen Schlachthöfen ist auch deshalb einer, weil er seit Jahren besteht, indem Arbeiter*innen aus Osteuropa brutalstmöglich ausgebeutet werden und die Politik nicht hingeschaut hat. Es bedarf nicht nur mehr und besserer Kontrolle, sondern bei Verstößen muss auch sanktioniert werden. Uns Bürger*innen wurden zu Beginn der Corona-Krise sofort die Strafen für Regelverstöße angekündigt. Unternehmen werden in diesem Staat jedoch bevorzugt behandelt. Wenn Herr Nüssel meint, indem der Staat mit Geld unterstützt, sei dies ein mächtiger Hebel, eine neue Unternehmenskultur einzufordern, bleibt er unter seine staatspolitischen Möglichkeiten.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Stammebelegschaft für den täglichen Arbeitsbedarf

Nun macht erneut das Arbeitsministerium mobil und will Werkverträge in der Fleischindustrie verbieten. Mit diesem Ansatz wird Hubertus Heil (SPD) scheitern. Natürlich ist es nicht hinnehmbar, dass Arbeiter zu Billiglöhnen geknechtet werden. Auch müssen die Behörden Zugang haben zu den Personaldaten. Allein um zu kontrollieren, ob die Mindestlöhne bezahlt werden. Fleischfabrikanten wie Tönnies u.a. müssen wie jedes Unternehmen eine Stammebelegschaft haben, die ausgerichtet ist am täglichen Arbeitsanfall. Für zusätzlichen Arbeitsanfall darf ein Betrieb Werkverträge mit Leiharbeitsfirmen schließen. So ist das u.a. bei Volkswagen.

Jürgen Hempel, Lüneburg

Diskussion: frblog.de/toennies-2

Die Hundehütte ist für den Hund, der Aufsichtsrat für die Katz

VW: „Diess abgelöst“, FR-Wirtschaft vom 10. Juni

Nimmt man an, dass Herr Diess tatsächlich den VW-Aufsichtsrat kritisiert hat, so hat er wohl das Bonmot beherzigt, das Hermann Josef Abs zugeschrieben wird: Die Hundehütte ist für den Hund und der Aufsichtsrat für die Katz. Dass der VW-Aufsichtsrat mit ungenügender Kontrolle der Vorstände den „Dieselbetrug“ erst ermöglichte, dürfte wohl außer Frage stehen. Dass aber in Diess ausgerechnet derjenige das Wegschauen der Aufsichtsräte moniert, der davon einen Vorteil zie-

hen konnte, zeigt ein weiteres Mal die Beschränktheit eines Mitglieds der „deutschen Eliten“.

Nach Bekanntwerden des Dieselbetrugs hatte der VW-Konzern zugegeben, weltweit elf Millionen Fahrzeuge mit manipulierter Motor-Software verkauft zu haben. Man ersparte sich ein „Mea culpa!“, weil man offensichtlich damit rechnete, dass die finanziellen Folgen relativ gering ausfallen könnten. Wie sich jedoch herausstellte, musste VW allein in den USA (umgerechnet

etwa 30 Milliarden Euro zahlen. In diesem Jahr – also fünf Jahre nach Aufdeckung des Betrugs – ist endlich auch in Deutschland geurteilt worden Die Ersatzzahlungen dürften sich mindestens im einstelligen Milliardenbereich bewegen. Weitere Klagen sind auch in anderen Staaten anhängig. Insbesondere die Arroganz der Herren Winterkorn sowie seines Kurzzeit-Nachfolgers Matthias Müller („Ich beschäftige meine Ingenieure nicht mit veralteter Technik!“) und des Vorstandes

des Aufsichtsrats Hans Dieter Pötsch hatten dies bewirkt.

Die Tradition, bei der Entwicklung von Software zu versagen, ist im VW-Konzern ungebrochen: Sowohl das Flaggsschiff Golf 8 als auch der ID 3 als Auto der Zukunft werden zwar produziert, können jedoch derzeit wegen Softwaremängeln nicht verkauft werden. Dann aber Verkaufsprämien für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren zu verlangen, ist schon eine ziemliche Frechheit! Günter Steinke, Wiesbaden